

Energiewende mit den Bürgern gestalten

Fachtagung der Linksfraktion: Für eine stärkere Vernetzung der Akteure im Land

Die Linksfraktion sieht in der Energieproblematik eine essenzielle ökologische, wirtschaftliche, soziale und demokratische Frage. Langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung Thüringens durch einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien.

Thüringen besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasser-

cher einbeziehen, ärmere private Haushalte entlasten, Strom- und Gas-sperren verbieten.

Energieversorgung gehört in „Bürgerhand“. Das haben bereits zahlreiche Kommunen in Thüringen erkannt und nehmen die Energieversorgung in ihrer Gemeinde selbst in die Hand. Es gibt mittlerweile über 35 Bürger-Energiegenossenschaften, Tendenz steigend. Noch schrecken der hohe Aufwand zur Gründung einer (Bürger-Ener-

gand, Thema: „Mit Thüringer Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende aktiv gestalten“. Die Fraktion hatte Vertreter von Bürger-Energiegenossenschaften sowie weitere energiepolitische Akteure Thüringens eingeladen, um in den Erfahrungsaustausch zu treten und eventuelle Hemmnisse, verschiedene Sichtweisen und vor allem Anforderungen an die Politik herauszuarbeiten. In der sehr sachbezogenen Diskussion wurde die Notwendigkeit



Foto links: In der Diskussion spricht Andre Schäfer, Leiter Nachhaltigkeitszentrum Thüringen, daneben (r.) Andreas Trautvetter von der TEG Thüringer Energieeffizienzgenossenschaft e.G.

Foto rechts: Die Landtagsabgeordneten Dieter Hausold und Manfred Hellmann sowie Mitarbeiterin Dolores Hof.

kraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln und damit unabhängig von Energieimporten zu machen. Damit könnte das Land Vorreiter werden, ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte.

Hier schlummert ein erhebliches Arbeitsplatzpotenzial, das wir wecken wollen. Wir setzen dabei auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen und wollen diese sinnvoll einbinden. Um die Energieoffensive zu befördern, plädieren wir für ein öffentliches Landesprogramm, das Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert. Wir wollen alle Energieverbrau-

ger-) Genossenschaft, der große Verwaltungsaufwand und nicht selten auch mangelnde Informationen über Chancen und Risiken davon ab, diesen entscheidenden Schritt hin zu einer echten Energiewende zu wagen.

Um Engagierte an „einen Tisch“ zu bringen, organisierte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein Fachgespräch, das am 28. August statt-

bestätigt, dass die Energiewende „vor Ort“ nur durch gemeinschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit den Kommunen, Städten und Gemeinden vorangetrieben werden kann. Um die umfangreichen Potenziale zur Erreichung dezentraler Erzeugungskapazitäten auf der Basis erneuerbarer Energien in Thüringen bestmöglich zu nutzen, bedarf es einer stärkeren Vernetzung, einer guten Zusammenarbeit und des ständigen Erfahrungsaustauschs aller energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Akteure. Darüber waren sich alle Teilnehmer unseres Fachgesprächs einig. Sie betonten, dass wir auch weiterhin im engen Kontakt miteinander stehen sollten.

Dolores Hof

ÖBS

Begrüßt hat MdL Ina Leukefeld die Zustimmung der SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert zum LINKEN Kernprojekt eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS). Die LINKE Thüringen will mindestens 2.500 Stellen insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose schaffen. Mit längerfristigen Arbeitsverträgen – sozialversicherungspflichtig, existenzsichernd und freiwillig – soll eine Brücke in die Altersrente gebaut werden. In Thüringen sind trotz guter Arbeitsmarktlage 36,5 Prozent der gemeldeten Erwerbslosen langzeitarbeitslos. „Öffentlich geförderte Beschäftigung wird es nur mit der LINKEN als Koalitionspartner geben. Die CDU scheut diese wie der Teufel das Weihwasser“, sagte die Abgeordnete.

Wahlrecht

Die Linksfraktion fordert die Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses, von dem vor allem Menschen in vollständiger gesetzlicher Betreuung betroffen sind. „Das UN-Abkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verlangt die ungehinderte gleiche Teilhabe auch im politischen Bereich. Zudem gilt das Benachteiligungsverbot aus der Thüringer Verfassung. Der neugewählte Thüringer Landtag muss dann zeitnah seine Kompetenzen zur Abschaffung dieser diskriminierenden und sachlich in keiner Weise begründbaren Regelungen nutzen“, unterstreichen Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, und Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Klausel

Zur Anti-Extremismusklausel bei Förderprogrammen der Thüringer Aufbaubank erklärte MdL Katharina König (LINKE): „Bekennniszwang und Gesinnungsschnüffelei sind keine geeigneten Mittel, um die Vergabe von Fördermitteln an Neonazis und demokratiefeindliche Organisationen zu unterbinden.“ Selbstverständlich sei es notwendig, die Förderung der wirtschaftlichen Betätigung von Neonazis, etwa als Betreiber von Versandhandel, zu unterbinden. Es stehe dem Staat jedoch nicht zu, „Antragsteller unter Generalverdacht zu stellen und aufgrund von mit intransparenten Kriterien erstellten Listen von Organisationen und Parteien zur Abgabe politischer Bekenntnisse zu zwingen.“

VON A BIS Z:

Ausbildungsverbünde

Dass zu Schuljahresbeginn die Existenz der Ausbildungsverbünde nicht gesichert war, hat MdL Ina Leukefeld als unverantwortlich bezeichnet. Die Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion verwies auf Befürchtungen Südthüringer Ausbildungsverbünde, wonach bis zum Jahresende lediglich 58 Prozent der notwendigen Mittel bereit stehen. Die Verbünde sind für die klein- und mittelständischen Unternehmen für die Ausbildung eines qualifizierten Facharbeiter Nachwuchses unverzichtbar. Angesichts der Finanzlage musste aber den Mitarbeitern gekündigt werden. Es ist nicht gelungen, die Richtlinie für Aus- und Weiterbildung für die Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) verbindlich auf den Weg zu bringen. Die Verantwortlichen in Erfurt und Brüssel schieben sich gegenseitig die Schuld zu.

Aus dem Europäischen Sozialfonds erhält das Land Thüringen in der laufenden Förderperiode bis 2020 499 Mio. Euro. Die Gesellschaft für Arbeit und Wirtschaftsförderung verwaltet die Mittel im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums. „Das Geld ist wichtig und eine Investition in die Zukunft, damit gute Bildung und Arbeit gesichert werden. Das ist langfristig der entscheidendste Beitrag zur Verhinderung von sozialer Schieflage und von Armut“, betonte die LINKE-Abgeordnete forderte die Landesregierung und die Kammern auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Ausbildungsverbünde in ganz Thüringen erhalten bleiben.

WICHTIGE TERMINE

Landtagswahlen:

Wie der Landeswahlleiter Günter Kromholz informiert, werden am Wahlsonntag, den 14. September, unter der Internetadresse www.wahlen.thueringen.de ab 18.30 Uhr die aktuellen Zwischenergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden in Thüringen laufend aktualisiert als Tabellen und Grafiken im Internet eingestellt. Gegen 22.30 Uhr wird das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahl 2014 in Thüringen veröffentlicht. Am Montag, den 15. September, wird der Landeswahlleiter die Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz ausführlich präsentieren.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de